

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbstabholung 4.25 Mk.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk., für 1 Monat 5.— Mk.
(Beleggeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.).
Postkontonr. Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18 008.

Inseratenpreise:
Die 7 gespaltene Kolonelle 1.55 Mk. — Die 7 gespaltene Kolonelle mit Plagooberchrift 1.85 Mk. — Die 7 gespaltene Kolonelle Familiennachrichten 1.40 Mk. Die Restante-Kolonelle 0.25 Mk.
Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4500 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Blutige Zusammenstöße in Frankfurt a. M.

Marokkaner feuern mit Maschinengewehren.

Frankfurt (Main), 8. April. (Z. U.) Gestern mittag gegen 1 1/2 Uhr kam es an der Hauptwache, wo die Marokkaner postiert waren, zu einem heftigen Zusammenstoß. Der marokkanische Oberbefehlshaber glaubte sich durch die große Menge, die sich angesammelt hatte, bedrängt und ließ ein Maschinengewehr aufstellen. Die Menge ließ andeuten, der Kommandant gab Befehl zum Feuern. 7 Personen blieben auf dem Platze, es waren meist Kinder, die verwundet wurden.

Frankfurt (Main), 8. April. (Z. U.) Außer bei der Hauptwache ist es auch auf dem Kaiserplatz zu Zusammenstößen mit den Franzosen gekommen. Nach der Meldung eines hiesigen Polizeibeamten sollen dort drei französische Soldaten niedergeschlagen und ein Offizier der Besatzungsstruppen schwer verwundet worden sein. Die Zahl der Todesopfer an der Hauptwache soll nach neueren Meldungen 10 betragen. Die Zeitungen sind gestern noch nicht erschienen, werden aber vermutlich heute wieder französischer Zensur herauskommen. Der Telefonverkehr ist seit gestern nachmittags nach dem unbesetzten Deutschland wieder frei. Auch in Frankfurt dürfte gestern wieder telefoniert werden.

Frankfurt (Main), 8. April. (Z. U.) Nach Mitteilungen der Besatzungsbehörden sind bisher 6 Tote und 95 Verwundete zu verzeichnen. Einige französische Patrouillen mit Land-, Maschinengewehren und angeschlossenem Bajonetts durchsuchen die Straßen. Die Bevölkerung ist in dichten Massen auf der Straße und außer sich erregt.

Belagerungszustand über Wiesbaden.

Frankfurt a. M., 8. April. Nach der Besetzung von Danau ist die französische Rheinflottille in Danau eingetroffen. Der größte Teil der französischen Truppen der Frankfurt besetzt haben, ist von Wiesbaden eingezogen. In Wiesbaden wurde am Mittwochabend, nachdem sich die dortigen Besatzungsstruppen gegen Frankfurt in Marsch gesetzt hatten, der Besatzungszustand verhängt. Die französischen Militärbehörden fordern gestern abend von dem Magistrat der Stadt Frankfurt zunächst für 200 Offiziere und Offiziersfamilien Quartiere, was darauf schließen läßt, daß sich die französische Besatzung auf längeres Verweilen in Frankfurt einrichtet.

Frankreich fordert erneut Räumung des Ruhrgebietes.

Paris, 7. April. Die Agence Havas meldet: Man weiß jetzt in ganz Deutschland, daß die Franzosen gesonnen sind, die letzten Währungsnoten zu ergreifen, wenn der Vertrag von Versailles nicht durchgesetzt wird. In Frankreich hat die Entschlossenheit, Mittelstands einmündige Aktion gesunden. Sollte der französische Senat die Vergewaltigung einer Sonderbestimmung des Vertrages gebilligt, dann hätte er damit auf sämtliche Garantien und Entschuldigungen verzichtet. Am 9. April läßt der Vertrag vom 9. August 1919 ab, der Deutschland erlaubt, eine gewisse Truppenzahl in der neutralen Zone zu halten. Bis zu diesem Tage alle Währungsnoten deutschen Soldaten diese Zone verlassen haben. Mitterand hat Manner in seinem Schreiben vom Montag erklärt, daß die Ausführung auf das Schärffste überwacht werden wird.

Weiterer Vormarsch der Reichswehr im Ruhrrevier.

Vorstoß nördlich der Ruhr.

Berlin, 8. April. (Eigene Drahtmeldung der D. V.) Der Sonderberichterstatter der Freiheit meldet aus dem Ruhrgebiet: Der Arbeiterschaft des rheinischen Landes ist es bereits gelungen, die von der Front zurückfliehenden Truppen unter Aufsicht der Ordnung durch das bergische Land zu bringen. Nach Schätzung ist die Zahl der in das besetzte Gebiet übergetretenen Personen etwa drei bis vierhundert. Nachrichten über Kämpfe in und um Essen wie überhaupt über die Kämpfe anlässlich der Einnahme der Städte im eigentlichen Ruhrgebiet werden wesentlich übertrieben. Besonders ist nirgends dem Vorrücken der Reichswehr ernsthafter Widerstand geleistet worden. Wenn wirklich die Reichswehr schwere Artillerie gebraucht hat, so nur, um sich den Widerstand zu verschaffen, als ob sie große Verluste erlitten hätte. Für die durch das Artilleriefeuern angerichteten Zerstörungen ist nur die Reichswehr verantwortlich.

Nach den vorliegenden Nachrichten ist jetzt im eigentlichen Ruhrgebiet Ruhe und Ordnung vorhanden, besonders, da die besonnenen Elemente der Arbeiterschaft durchaus die Oberhand haben. Die Zurückführung der Reichswehr aus der neutralen Zone ist also leicht durchzuführen möglich. Wenn die Zurückführung der Reichswehr aber nicht erfolgt, so annehmbar, weil die Militär die Bildung der Odiswehren in diesem Gebiet verhindern wollen und den Gedanken des Vormarsches in das bergische Land durchaus noch nicht aufgegeben haben.

Obwohl Werden südlich der Ruhr liegt, ist es von der Reichswehr besetzt, auch die Stadt Sersdorf ist von der Reichswehr be-

setzt, obwohl sie ganz außerhalb des Gebietes liegt, das nach Angabe der Regierung von der Besetzung betroffen werden soll.

Das ist also ein offener Bruch der zugesagten Bedingungen für den Einmarsch der Reichswehr. Die antisowjetische Sache hat wieder außerordentlich großen Umfang angenommen. Die verbottenen Verbündungen von Zeitungsredaktionen werden von Münster aus mit großem Nachdruck und anhaltend mit Unterstützung der Schwerindustrie betrieben. Die Nachrichten über Armeen der Reichswehr häufen sich. Die Lage in Oagen hat sich besonders verschärft.

Dieser Vormarsch südlich der Ruhr ist ein Bruch der früheren Versprechungen, die die Regierung den erst den Arbeiterorganisationen gemacht hat. Ist die Regierung nicht in der Lage, ihren Militärischen Vorschriften zu machen, oder richtiger, die Befolgung ihrer Vorschriften durchzusetzen.

Die Nachrichten über Gräueltaten der Reichswehr mehren sich. Ist die Regierung nicht in der Lage, eben der verheerenden, blutigen Soldateska Damm zu setzen? Sie ist es, wenn sie wirklich will — sie bräuhete nur die Vorschriften für die Ausschreitungen ihrer Untergebenen verantwortlich zu machen. Weshalb geschieht das nicht?

Die Gewerkschaftskommission und die U. S. V. haben folgende Erklärung abgegeben:
Die Aufstellung des Punktes 1 der auch von uns am 6. April aufgestellten Forderungen

„Rückzug der Reichswehr aus der neutralen Zone“

ist rein aus Gründen der inneren Politik erfolgt. Er darf keineswegs so ausgelegt werden, als wollten wir damit die Besetzung von Frankfurt a. M. und andern Orten durch französische Truppen rechtfertigen. Die Besetzung dieser Städte durch die französischen Truppen ist eine von außen erfolgte gewaltsame Einmischung in unsere Angelegenheiten, die wir aufs Schärfste verurteilen.

Verhandlungen zwischen Arbeiterorganisationen und Regierung.

Berlin, 8. April. Vom Gewerkschaftsbund geht der Vorwärts folgende Erklärung zu: Bei den gestrigen Verhandlungen der Vertreter der Arbeiterorganisationen mit der Reichsregierung ergab sich folgendes: Die Reichsregierung erklärt, daß die Truppen, wenn irgendmöglich, in den nächsten Tagen aus dem ganzen Ruhrrevier zurückgezogen werden. Der Reichswehrminister hat angeordnet, daß der Vormarsch südlich der Ruhr nicht erfolgen darf. Die gleiche Anordnung hat Severing getroffen. Von der Regierung ist bereits angeordnet, daß die Zeitungsredaktionen in Deutschland sofort aufgelöst werden sollen, bezügl. die Einwohnerwehren. Die Odiswehren sollen nach den von den Arbeiterorganisationen gemachten Vorschlägen eingerichtet werden. Bezüglich der Vorgänge in Wilhelmshaven, Altona usw. erklärte der Justizminister im Einverständnis mit dem Reichskanzler, daß gegen die Entlassung der Offiziere durch das Reichsmilitärgericht auf Grund des Schußhaftgesetzes rechtmäßig nichts eingewendet werden könne weil keine Tatsachen beigebracht seien, die einen Haftbefehl rechtfertigen. Munitionslieferungen an konterrevolutionäre Truppen sind nicht halt. Sollten solche Lieferungen vorkommen, wird die strengste Bestrafung eingeleitet. Die Auffassung der Arbeitervertreter über die Reorganisation der Sicherheitswehr wird von der Reichsregierung geteilt. Es haben gestern auch in diesem Sinne Verhandlungen mit dem preussischen Ministerpräsidenten stattgefunden.

Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Schweiz und Aserbaidschan.

Nach dem Basler Vorwärts wird auf dem Berner politischen Departement gegenwärtig ernsthaft die Frage der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Aserbaidschan diskutiert. Man ist in der Schweiz entschlossen, eine Lösung zu suchen, ohne sich daran zu halten, was andere Regierungen in der Frage zu tun gedenken. Diese Auffassung wird ganz besonders in Industriekreisen begrüßt, die alles Interesse daran haben, daß der Verkehr mit Aserbaidschan aufgenommen werde.

Nach dem Basler Vorwärts wird eine Vertretung der Sowjetregierung allerdings nur unter gewissen Vorbehalten zugelassen werden, vor allem unter der Bedingung, daß den Schweizern in Aserbaidschan das entscheidende Wort zurückbleibe und daß die Delegation alle Garantien bietet, in der Schweiz keine revolutionäre Propaganda zu betreiben.

So die Schweiz. Und Deutschland, die freieste aller Republiken...?

Neue Versprechungen.

Die Einwirkung der Arbeiterorganisationen auf die Regierung hat einen Erfolg zu verzeichnen. Die Regierung hat bei den Verhandlungen Zugeständnisse gemacht, deren wesentlichstes die schnelle Zurückziehung der Reichswehr aus der neutralen Zone, die Verhinderung des Vormarsches südlich der Ruhr, die Auflösung der Zeitungsredaktionen und der Einwohnerwehren, und die Bildung von Odiswehren gemäß den Forderungen der Arbeiterorganisationen sind. Damit hat die Regierung wesentliche Bestandteile der acht Punkte anerkannt, die seinerzeit von der kämpfenden Arbeiterschaft als Mindestforderungen vorgelegt wurden. Aber was liegt alles zwischen der Aufstellung dieser Forderungen und dem endlichen noch nicht einmal restlosen und nur durch den steten Druck der Arbeiterorganisationen erzwungenen Zugeständnis der Regierung? Der weiche Schrecken im Industriegebiet, die Besetzung der Frankfurter Zone durch französische Truppen und nun die strikte Forderung der Entente, die Einwohnerwehren aufzulösen und bis zum 9. April das Industriegebiet zu räumen.

Einer Regierung vom Schlage der Regierung Hermann Müller, die so arguendvolle innere Zustände und eine so katastrophale außenpolitische Situation herbeigeführt hat, muß man mit dem besten Misstrauen entgegen treten. Diese Regierung ist auch den Vertrag von Münster eingegangen und hat in diesem Vertrag der Arbeiterschaft Zugeständnisse gemacht. Sie hat den Vertrag von Münster geschlossen. Sie kann nicht erwarten, daß die Arbeiterschaft bei ihr den guten Willen und die feste innere Entschlossenheit voraussetzt, die Zugeständnisse von gestern restlos zu verwirklichen. Wer sich der Treulosigkeit und des Vortruges schuldig gemacht hat, darf sich nicht wundern, daß nach jedem Zugeständnis sofort der Ruf nach Garantien sich erhebt. Diese Forderung nach Garantien ist um so berechtigter, als die Ereignisse der letzten Tage gezeigt haben, daß in Wahrheit nicht das Kabinett den Gang der Politik in Deutschland bestimmt, daß vielmehr die Militärs auf eigene Faust handeln, und daß sie dabei der Zustimmung fast des gesamten Völkertums, und im gemeinsamen Sinne auch der bürgerlichen Teilhaber der Koalition sicher sein dürfen.

Versprechungen der Regierung sind keine Garantien. Die einzig wirkame und befriedigende Garantie, die heute diese Regierung geben kann, ist die Bewaffnung der Arbeiterschaft. Mit welchen Mitteln wollte diese Regierung die Auflösung konterrevolutionärer Truppenformationen, die Abhebung von Militär-Offizieren erzwängen, wenn das Militär ernsthaften Widerstand leistet? Die Ereignisse im Westen lassen auf das deutlichste erkennen, daß jetzt schon das Militär auf die Anordnungen der Regierung pfeift. Gestern hat die Regierung die Zusicherung gegeben, daß kein Vormarsch südlich der Ruhr erfolgen solle, aber gestern bereits sind die Reichswehrtruppen südlich der Ruhr erschienen. Bewaffnung der Arbeiterschaft — das ist deshalb die Forderung, die mit allem Nachdruck erhoben werden muß. In dieser Regierung freilich ist ein Wohlwollen für diese Forderung nicht zu rechnen. Die Taten des bisherigen Reichswehrministers sprechen zu deutlich, als daß solche Neben- und wertvolle Zusicherungen die Tatsache verdunkeln könnten, daß gegenüber der Arbeiterschaft die Demokraten von heute nicht minder reaktionär sind als ihre bürgerlichen Klassenangehörigen der Reichsparteien. Das Geschick der Arbeiterschaft in Rheinland-Westfalen ist ihnen gleichgültig. Sie sehen die Situation durchaus unter dem Gesichtspunkte der Prestigepolitik. Die aus dem Lebensinteresse der deutschen Arbeiterklasse geborenen Forderungen der Arbeiterorganisationen sind für sie eine Unterfütterung des französischen Militarismus. In dieser Auffassung begannen sich Theodor Wolff vom Berliner Tageblatt, Arnsperg und Deutsche Zeitung. Am Abend, wo die Koalitionsregierung unter dem Druck der Arbeiterorganisationen die schnelle Räumung der neutralen Zone zulaut, wo man als sicher annehmen muß, daß weitere französische Repressivmaßnahmen erfolgen werden, wenn bis zum 9. April die Räumung nicht erfolgt sein wird, schreibt Theodor Wolff im Berliner Tageblatt:

Wir sind der Meinung, daß unter den gegenwärtigen Umständen, unter dem Druck, den die Gewalt Herrschaft des französischen Militarismus ausüben möchte, das Ruhrgebiet nicht einen Tag früher als vorgeesehen war und als die Lage es gestattet, geräumt werden darf.

Das ist eine unverantwortliche Katastrophepolitik, nach innen wie nach außen, wie sie von alldeutsch-reaktionärer Seite nicht kühner betrieben werden kann. Das kennzeichnet aber auch die Si-

Einrichtung der Koalitionsgesellschaft wie den Wert, den man ihren Sicherungen ohne Garantien einbringen darf.

Ein Erfolg aber der Einwirkung der Arbeiterorganisationen wird durch keine erneute Trennung und keinen erneuten Rücktritt aus der Welt geschafft werden können. Mit der Anerkennung der Forderungen der Arbeiterorganisationen hat die Koalitionsgesellschaft selbst ein vernünftiges Urteil über ihre bisherige innere und äußere Politik gesprochen.

Zum französischen Einmarsch.

Das deutsche Volk bezahlt wieder die Kosten.

Paris, 7. April. Millerand erklärte einem Vertreter des Echo de Paris, daß er mit dem Vormarsch der französischen Truppen die Pflicht verbindet, die Verpflichtungen einzulösen, die er gegenüber der Kammer übernommen habe, d. h. den Friedensvertrag in allen seinen Einzelheiten strikte durchzuführen.

Die Haltung der Alliierten.

Aus Rom wird gemeldet: Der italienische Ministerpräsident Nitti empfing den deutschen Vertreter und erklärte ihm, die italienische Regierung betrachte die Ruhrfrage lediglich für eine deutsche interne Angelegenheit.

Paris, 6. April. (M. Z. N.) Die Agence Havas meldet aus Washington: Der französische Vizepräsident Ligerand übernahm am Montag die französische Note, in der die Regierung der Vereinigten Staaten um ihre Meinung äußert zur Besetzung von Städten des rechten Rheingebietes.

Paris, 7. April. Lord George ist nach London zurückgekehrt. Er wird sofort einen Ministerrat einberufen. Es erscheint unwahrscheinlich, daß England sich zu einem Zusammenarbeiten mit den französischen Truppen entschließen wird.

Berlin, 8. April. Wie die Vossische Zeitung aus Kopenhagen meldet, hat Wilson an den Obersten Rat eine Note gerichtet, in der er auf die Gefahr aufmerksam macht, die Frankreichs gegenwärtiges Vorgehen für den Block der Alliierten und für die Lage in Europa bedeutet.

Die Entente

fordert Aufhebung der Einwohnerwehren.

Berlin, 7. April. General Kollé, Präsident der alliierten militärischen Kontrollkommission, überreichte der deutschen Regierung eine Note, in der die Forderung gestellt wird, daß Einwohnerwehren, trotzdem sie sich mit dem Charakter ziviler Organisationen zu unterscheiden verdienen, nicht mehr gestattet werden.

Verhandlungen mit der Entente.

Berlin, 8. April. (M. Z.) Wie das Berliner Tagblatt von gutunterrichteter Seite erzählt, ist die Verhandlung mit der Entente in Verhandlungen eingetreten, um eine Verlängerung des Ausnahmestandes über die Truppenstationierung in der neutralen Zone bis zum 10. Juli zu erreichen.

Wiedererscheinen der Frankfurter Zeitungen.

Frankfurt a. M., 8. April. Den hiesigen Zeitungen ist das Erscheinen heute früh wieder gestattet unter der Voraussetzung, daß sie die gefälligen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten auf der Titelseite bringen.

Aus dem Ruhrgebiet.

Über die Situation im Ruhrgebiet liegen heute Meldungen von besonderer Bedeutung nicht vor. Ansehend ist in dem Vormarsch der Reichstruppen eine Stauung eingetreten. Die Auflösung der Arbeitergruppen geht weiter rasch vor sich.

Dortmund, 7. April. (M. Z.) Der Führer der Reichswehr, Oberst Epp, gibt bekannt, daß jeder, der noch am 6. April mittags Waffen trägt, als Feind der Regierung behandelt wird.

berungen der Eisenbahner sind restlos erfüllt worden. Gestern ist ein Regiment Reichswehr in Giech und Bochum einmarchiert, um die Ablieferung der Waffen zu überwachen.

Aktiv, 7. April. (M. Z.) Gestern nachmittags kamen auf dem hiesigen Hauptbahnhof aus Oberfeld etwa hundert Reichswehrleute an, die an der Grenze des besetzten Gebietes einmarschiert worden waren.

Die Verluste der Reichswehrtruppen.

Düsseldorf, 7. April. Die bisherigen Gesamtverluste der Reichswehr betragen nach einer Meldung der Düsseldorfer Freien Presse 170 Tote, 350 Verwundete und 120 Vermisste.

Wie stark sind die Truppen im Ruhrgebiet?

Bern, 7. März. (M. Z.) Aus Paris wird gemeldet, daß die französische Regierung die Zahl der Truppen im Ruhrgebiet folgendermaßen berechnet: Die Truppen, die bei Wuppertal stehen und auf Essen und Wilhelm marschieren, umfassen 14 Bataillone, 4 Eskadronen und 13 Batterien, zusammen 20 000 Mann.

Der Berliner Volkanzeiger glaubt diese Angaben mit der Bemerkung abtun zu können, viele Zahlen seien so phantastisch, daß sich eine Polemik erübrige. Mögen auch diese Zahlen zu hoch anerkannt sein, so ist doch ebenso sicher, daß die von der deutschen Regierung angegebenen Zahlen viel zu niedrig sind.

Der konterrevolutionäre Hochverrat in Bayern.

Der Inhalt der Post-Einholdungen.

Wir berichteten bereits kurz über die Enthüllungen der mehrheitlich sozialistischen Münchner Post, die an der Hand von Dokumenten den Nachweis für eine in Bayern organisierte gegenrevolutionäre Verschwörung des Militärs mit Dr. Heim, dem bekannten separatistischen Zentrumsführer, erbrachte.

Am 21. Februar hat bei Dr. Heim eine Sitzung stattgefunden, in der der bekannte, inzwischen ermordete Fliegerhauptmann Berthold von der „Eisernen Division“ einen Vortrag über das Vorgehen der militärischen Vorbereitungen zur Erneuerung und Gewinnung Bayerns gehalten hat.

Erwogen wurde die Trennung in einen norddeutschen und einen süddeutschen Block und die

Aufhebung mit Frankreich.

In einer Einholdung „einigte“ man sich auf folgende Punkte: Keine Trennung zwischen Bayern und Bayern, Dislokation, Unterdrückung der bayerischen Bewegung und Vereinigt unter dem Titel „Antisozialistische Liga“ die gesamten Vorbereitungen für Bayern und schließt sich an die gleichartige preussische Organisation an.

Zivile und Wirtschaftskontrollatoren

Dr. Heim demontiert allerdings seine merkwürdige Rolle bei diesem aufsehenerregenden Hochverrat, genau wie das schon durch das Gruppenkommando Wochel geschehen ist. Er erklärte einem Ausfragten der Tageslichen Rundschau u. a.: Hauptmann Berthold und Oberleutnant Kuhn haben sich bei mir angemeldet und sind von mir empfangen worden.

Die Soldateska mordet.

Unser Volkstages Parteiblatte teilt folgende neue Fälle von Ermordung von Proletariaten mit: Der Arbeiter Kurt Freimann, Schillerstraße 26, ist am Montag dem 22. März, 12 Uhr 50 Min., in der Ringstraßenstraße erschossen worden.

Die beiden Brüder Artur und Alfred Reihner aus Trotha Cyprienstraße 8, wurden am 22. März, nachmittags 5 Uhr, verhaftet, und wurden dem 1/4 Mündigen Weg bis zur Meißnerstraße mit hinter dem Kopf verstrickten Armen zurückgeführt.

Der Arbeiter Wilhelm Reue, Postbockstraße, wurde am 20. März um 1/2 12 Uhr verhaftet und nach der Garnisonstraße am Domplatz gebracht. Von dort wurde er in die Meißnerstraße überführt, wo er nach dem Verhör durch den Wehrführer im Haus der von mehreren Soldaten mit Häuten gefüllten wurde.

Der Arbeiter Otto Enselhardt, Brunnstraße 30, wurde am 18. März von Zeitspreiwillingen rüdtlings erschossen.

Er befand sich in der Nikolaistraße auf dem Wege zur Nordsee-Bühne in der Ulrichstraße. Da kamen ihm Zeitspreiwillinge mit dem Mute „Straße frei“ entgegen. Er lehnte um und suchte sich Notgedrungen in das Haus Schamm 1a zu flüchten.

Wie die Regierung „abrufen“ wollte

Wie wenig die Reichsregierung nach der Niederwerfung des Kapp-Putschs daran dachte, dem neuerwarteten Militarismus zu Felde zu rücken, beweist eine Meldung aus Paris. Dort hat unter Vorsitz des Generals Koch eine Sitzung des militärischen Beirats stattgefunden.

Während also in Berlin die Arbeiterorganisationen darüber diskutierten, wie man am schnellsten die Macht der konterrevolutionären Militärs brechen könne, telegraphierte Herr Pauer nach Paris um Erlaubnis zur Reorganisation deutscher Reichswehrverbände.

Die Reichsregierung und ihrer nationalpolitischen Chouffeur über Bergamalkayna und Oberfall Deutschlands mitten im Frieden wirkt angesichts des Vorgehens Deutschlands nur lächerlich, um so mehr, als auch der Anmarsch der Reichsregierung, der Einmarsch ins Ruhrgebiet sei nur mit einer Truppenmacht erfolgt, die ihr auf Grund des Friedensvertrages für Verwendung in der neutralen Zone gestattet sei.

Alle diese Tatsachen beweisen, daß abermals von der deutschen Regierung ein schändliches Spiel nach innen und außen getrieben wurde. Obenwunden wie nach den Erfahrungen der jüngsten Tage hat deutsche Proletariat an eine Revolution der militärischen Elemente in Deutschland nicht denken, sondern auch die Entente und Frankreich nicht daran. Die Folgen davon treffen das deutsche Volk und das Wirtschaftsleben.

Die Verantwortlichen für die Mordtaten.

Der Vorwärts veröffentlicht folgenden Brigadefehl der zweiten Marinebrigade (Ehrhardt) aus der Zeit der Kapp-Revolution: I. Marine-Brigade (Ehrhardt), Dr. St. Qu., 14. 3. 20, Ia Nr. 4.

Sonderbefehl Nr. 3. Fernspruch vom 11. 3. 20. Dr. Abo. 1.

Reichsminister drachtet: Ich bitte den Herrn Oberbefehlshaber, allen Führern und Unterführern bis herab zu den Gruppenführern usw. in meinem Namen bekanntzugeben, daß ich led. entscheidene Denkschriften, auch wenn sie im Rahmen der Notwehr gegen einzelne Vorkämpfer bestimmten Verstoß gegen die Menschlichkeit und persönliche Bede. Es kommt mir ganz besonders darauf an, daß jeder Deutsche und insbesondere jeder militärische Führer künftig verantwortungsbewußt mehr leistet als der tote Buchstabe seine Pflicht gebot.

Der Reichsminister. Vorkommenden Erlaß bringe ich den Truppen zur Kenntnis. Dr. St. Qu., 14. 3. 20, Ia Nr. 4.

Otto Schulz, Putzmeister i. S. u. Erb.-Offiz.

Dieser Befehl beweist, daß die Kapp- und Eitwitw für alle Uebergriffe ihrer Untergebenen verantwortlich sind. Mit Recht betont der Vorwärts, daß sie strafrechtlich als Anstifter für die begangenen Verbrechen der Truppen haftbar sind, daß sie dementsprechend nicht nur als Hochverräter, sondern auch als gemeine Verbrecher bestraft werden müssen.

Die Mitschuldigen

Bisher hat die Deutschnationale Partei, wenn auch mit geringem Erfolg, in der Öffentlichkeit den Glauben zu erwecken gesucht, daß sie mit dem Putsch der Kapp und Eitwitw nichts zu tun gehabt habe. Jetzt aber wird diesen deus ex machina Behauptungen die sich nach dem nationalen Streik so leicht zurückziehen, Kapp und Eitwitw ihre Mitschuld nachweisen.

„Deutsche Männer und Frauen! Jetzt hat die Unerschlichkeit ein Ende! Die Zwangsverwaltung wird abgekan. Deutschland wird unter einer christlichen Regierung wieder das christliche Volk, das zu sein wie stolz waren!“

Und weiter heißt es: „Deutsche Männer und Frauen! Euch ruft die Regierung der Freiheit, der Ordnung und der Gerechtigkeit! Genau so firmierte die Regierung (Kapp-Eitwitw). Die neue Regierung hat sich zum Treuhänder (Kapp-Eitwitw), Eures Rechts auf Selbstbestimmung gemacht.“

Werden es die tapferen Deutschnationalen nach dieser aufmerksamsten Freistellung noch immer wagen, ihre Mitschuld an dem Verbrechen der Kapp-Deute abzuleugnen?

Gute Zeilen für Schreibhülle.

Nach einer wirksamen und sachtreuenden Ueberschrift unserer Zeitung und der Freiheit, „Gute Zeilen für Schreibhülle“, die sich auf das samstägliche Treiben der Militärgeschichte bezog, überschreibt jetzt Reichsmacher die Schwerindustrie Post einen politischen Charakterartikel, der nicht nur für den Leutnant Marlow das ungeschickteste Lob ausstellt, daß er mit dem von ihm eingesetzten General Eitel kurzen Prozeß machte, sondern der auch den gegenwärtigen Dingen in Deutschland so fürchtbare Gewalt antut, daß er von ihnen glauben machen will, im Ruhrgebiet und im Rheinlanden des „Kommunisten“ Böse liessen die Mörder und Würgengel gleich ruderweise herum. Nun hat bisher weder der böhsche Karl Marx noch unsern Willen einen Menschen vom Leben zum Tode überführt, noch hat man gehört, daß die bewaffneten Arbeiter im Ruhrgebiet sich irgendeine Tat gegen Leib und Leben der friedlichen Bevölkerung Mitten aufzuloben kommen lassen. Dabei sind wir aber außerdem für das, was Herr Böse in Plauen ansonsten tut, gewiß nicht verantwortlich zu machen, sondern Herr Böse alles andre als organisiert oder als einflussreichster Mitarbeiter der U. S. V. D. ist. Aber die braven Leser der Zeit werden schon auf den Schwirbel hineinfallen sein. Und schließlich ist das ja Jpeck der östlichen Stillung gewesen.

Der Schwarz-Skandal.

Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Kaufmann **Heinrich Schwarz**, dessen Unschuld zur Zeit unbekannt ist, einen Haftbefehl erlassen und seine Festhaltung angeordnet. Schwarz hatte für das Korps Rittwieg eine Marktentendel begründet und lieferte außer Nahrungsmitteln auch Zigarren an die Truppen. Einer seiner Brüder, der genannte **J. Schwarz**, erhielt einen der von **Geert** und **Scheldemann** unterzeichneten Aufträge und sollte auf Grund dieser Bescheinigung bei den Fabrikanten größere Einkäufe machen. Schwarz kaufte auch größere Mengen Ware, lieferte diese aber nicht an die Intendantur der Kavallerie ab, sondern verschob sie unter der Hand mit hohem Aufschlag. Der Schwindel wurde entdeckt, als eines Tages ein Befehl kam die Rechnung für einen großen Posten Zigarren anstatt an **J. Schwarz** an den Zahlmeister der Intendantur, **Briesemeister**, sandte. Trotz erfolgter Meldung an die vorgesetzte Behörde wurde der Posten damals nicht weiter verfolgt. Erst jetzt hat die Staatsanwaltschaft den wahren Sachverhalt festgestellt und Haftbefehl gegen **Heinrich Schwarz** erlassen. Inwieweit noch andere Personen in dieses „Geschäft“ verwickelt sind, wird die weitere Untersuchung ergeben. Da sich der ehrenwerte Herr Schwarz inzwischen gewiß längst in Sicherheit gebracht hat und erst abgewartet werden muß, ob auch gegen andere Beihilger vorgegangen wird, dürfte es noch geraume Zeit dauern, bis die dunkle Affäre aufgeklärt werden wird.

Was notwendig ist.

In der Welt am Montag, Nummer vom 6. April, sieht Herr v. Gerlach das Fazit des Rittwieg-Abenteuers unter der bezeichnenden Überschrift „Das Meer der Republik — der Herr der Republik“ und kommt zu dem Ergebnis: „Der Rittwieg ist befehligt, die Rittwiegler sind gebissen.“ Dilemma! Das durchaus demutigen entspricht, sagt Gerlach eine Betrachtung über die notwendige Umgestaltung der Wehrmacht in Deutschland. Er fordert einen republikanischen Offizier an die Stelle des Reichswahlmännlichen Wehler, der mit den Reuten „vom Bau“ ebensowenig wie Nothe fertig werden könne. Befestigung des Generals v. Seck und republikanisch gestimmte Offiziere an allen entscheidenden Stellen in der Reichswehr. Die Selbstfreiwilligen als Stützgruppen der Reaktion seien zu befehligen.

Die Einwohnerwehren sind umzugestalten in Arbeiterwehren. Die Arbeiter haben mit Hilfe eines Teils des Bürgermeisters die Republik gerettet. Ihnen in erster Linie ist vorläufig der Schutz der Republik zu übertragen. Nicht etwa durch maßloses Ausstellen von Waffen an sie. Das wäre eine ungeheure Gefahr, da verwerfliche Elemente am leichtesten nach Waffen zu sein pflegen. Nur unter Kontrolle der Arbeiterorganisationen ist eine beschränkte Zahl bewaffneter Arbeiter vorläufig zu bewaffnen. Solche Republikaner aus bürgerlichen Kreisen sind ebenso wie die Arbeiter zu behandeln. Das Ganze muß der Verfassung ständischer oder sozialistischer Behörden unterstehen.

Selbst ehrliche bürgerliche Demokraten fordern also jetzt schon, angesichts des erneuten Ueberwiegens militaristischer Mächte im Reich, die Bewaffnung der Arbeiter unter der Kontrolle ihrer Organisationen. Die Reichsregierung freilich macht keine Anstalten dazu, obwohl sie sie, um eine Bewaffnung des Generalstabs zu erzielen, den Gewerkschaften und sozialistischen Parteien zugesagt hatte. Sie überlegt, wie sie sich drücken kann, und überlegt so lange, bis Rittwieg II. sie zum Teufel jagt!

Das Todesurteil für die Reichswehr.

Ein geradezu vernichtendes Urteil über die Reichswehr und ihren reaktionären Geist fällt das Organ der deutschen Generalleutnants, die Deutsche Zeitung, ungewollt mit folgendem Lob ihrer Haltung während der Rapp-Tage:

„An seiner Stelle des Reiches war die Reichswehr, was man ihr jetzt andächtig mähle, eine politische Putschgruppe, Ueberall, wo sie auftrat, war sie ein Organ der öffentlichen Ruhe und Sicherheit im Dienste des deutschen Volkes. Wo sie nicht auftrat, wurden Ruhe und Ordnung, wie persönliche Sicherheit des einzelnen meist mit Füßen getreten, bemächtigt sich hemmungslos Arbeiterelemente der Waffen und übten einen Terror aus, der nicht mehr als Vorgeschiedenes des Bolschewismus, sondern als zentraler Bolschewismus bezeichnet werden muß.“

Ein größerer Bürodienst kann wohl den Trümmern des wilhelminischen Heeresapparates, die sich „Reichswehr“ nennen, nicht geleistet werden. Hier wird ihr verdrückt und verstoßen das tonterrevolutionäre Leumundszeugnis ausgestellt, daß sie überall, wo sie auftrat, die Arbeiterschaft, die sich gegen die Rebellen erhoben hatte, niederkniet hat. Nur allerdings nennt diesen Hochverrat die Deutsche Zeitung Schutz der „Ruhe und Sicherheit im Dienste des deutschen Volkes“.

Was plant Herr Helfferich?

Der Jesuit im Gehrock, Herr Helfferich, geht mit neuen Plänen gegen die verrückte schwarz-rot-goldene Erbergerära, die ihn so böswillig aus Amt und Würden bugliert hat, schwanger. Wie er der Kreuzzeitung erklärt, will er sich den jetzt entrierten patriotischen Beizel zur Bewahrung der ihm auferlegten Gerichtskosten im Erbergerprozeß zur Gefallen lassen, wenn er auch von Anfang an bereit war, die materiellen Opfer seines Dracontenkampfes allein zu tragen. Er will also den alldeutschen Peterpönnig dazu verwenden, um der Wahrheit über die Zustände, um deren Aufhebung und Abstellung es ihm bei seinem Vorgehen gegen Erberger allein zu tun war, im deutschen Volke die weiteste Verbreitung zu geben.

Mit anderen Worten: Neue Berge von Broschüren will Herr Helfferich also erziehen und mit neuen Papierkloten Deutschland überflutet. Ob Matthias in dieser Sintflut wirklich erlauen wird? Wer's glaubt, wird selig!

Roske in Pension Potsdam.

Die Frage, die heute noch viele neugierige Gemüter beschäftigt: Was ist aus Roske geworden? wird durch eine Zuschrift in der Berliner Volkszeitung beantwortet. Danach hat Gustav Roske in vergangener Woche in der Potsdamer Zeitung eine Fünfzimmerwohnung gesucht. Die bürgerliche Volkszeitung erlaubt sich dazu folgende bezeichnende Glosse: „Man denke: der erste republikanische (und sozialistische) Reichswehrminister ausgerechnet in Potsdam! Wie wohl muß dieser Mann sich zwischen seinen Rittwiegern gefühlt haben! — Also nach Potsdam? „Fahr wohl, Justus. Da gehst du hin!“

Verhaftung des Landrats von Delitzsch.

Halle a. S., 8. April. (Z.-U.). Der Halle'schen Volksstimme zufolge ist in der Nacht zum Mittwoch in Delitzsch der Landrat durch bewaffnete Arbeiter verhaftet worden. Der Landrat soll an den blutigen Vorgängen am 18. März schuldig sein. Die Verwaltung des Kreises übernahm der bisherige Stellvertreter des Landratsamts. Der Oberbefehl über die bewaffneten Arbeiter wurde einem gewissen Hans Schmolka übertragen. Die Unabhängigen sind an diesem Putsch nicht beteiligt und auch die Kommunisten bestreiten ihre Mitwirkung an dem Ueberfall. Einer späteren Meldung der Volksstimme zufolge ist der Landrat durch den unabhängigen Führer Becker bereits wieder aus der Haft entlassen worden. Gegen Schmolka sollen vom Reichskommissar fürstliche Schritte unternommen worden sein.

Deutschland.

Einberufung der Nationalversammlung.

Nach der Wörschen Zeitung hat sich die Regierung mit der Einberufung der Nationalversammlung für Sonnabend einverstanden erklärt. Präsident Fehrenbach ordnete daraufhin die Einberufung an.

Ablieferung des Restes der deutschen Flotte.

Wie aus Bremen berichtet wird, ist mit der Ablieferung des Restes der deutschen Kriegsschiffe begonnen worden. Als erste sind das Linienschiff **Kassau** und das Linienschiff **Westfalen** am Mittwoch früh im Firth of Forth eingetroffen.

Ein preussischer Landtagsabgeordneter entführt.

Berliner Blätter melden aus Stendal, daß in der Nacht zum Mittwoch vier Männer in einem Automobil vor der Wohnung des Landtagsabgeordneten **Brandenburg** erschienen, diesen verhafteten und mit ihm davonführten. Es handelte sich anscheinend um einen „Gewaltstäter der Kommunisten“, die in Langerwände die Herrschaft an sich gerissen hätten. Auch der kommunistische Landrat **Kosenbruch** befindet sich in ihren Händen.

Eine neue kommunistische Partei.

Wie das Volksrecht Bureau meldet, hat sich am 4. und 5. April 1920 die kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands konstituiert, da die Zentrale des Spartakusbundes durch ihr Eintreten für Parlamentarismus, Gewerkschaften und gezielte Betriebsräte mehr und mehr ins reformistische Fahrwasser gelangt sei. Die R. A. P. D. stellt sich auf den Boden der 3. Internationale.

Schutz gegen übereifrige Staatsanwälte?

Der preussische Justizminister hat an alle Oberstaatsanwälte folgende telegraphische Anweisung ergehen lassen: Wenn Verfahren anhängig sind oder werden wegen Handlungen, die zum Zwecke der Bekämpfung des Rapp'schen Aufstands begangen sind oder nach Bekämpfung der Rapp'schen Aufstände begangen sind, so ist alsbald, jedenfalls vor gerichtlicher Einleitung, von der Strafverfolgungsbehörde über den Sachverhalt unmittelbar an mich unter Mitbenennung zu berichten. Die ersten Staatsanwälte des Bezirks sind schleunigst zu verständigen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die belgischen Sozialisten für die 2. Internationale

Brüssel, 6. April. Der sozialistische Kongreß hat sich mit großer Mehrheit dahin ausgesprochen, daß die belgische Partei Mitglied der zweiten Internationale bleiben soll. Der Kongreß hat dann mit 1814 gegen 890 Stimmen einen Vorschlag angenommen, nach dem man sich bereit erklärt, in die Regierung einzutreten. Man beschloß sich aber vor, nach dem Ende der Sitzungsperiode diesen Beschluß nochmals zu prüfen.

Zusammenschläge zwischen Polizei und Streikenden.

Belfort, 7. April. (Havas.) Ausständige Metallarbeiter wollten die Angestellten und Abteilungsleiter verhindern, sich an ihre Arbeit zu begeben. Die Polizei griff ein und es kam zu Zusammenstößen. Ein Streikender wurde getötet, mehrere verwundet.

Die dänische Krise.

Kopenhagen, 7. April. Das neue Ministerium-Präsident stellte sich am Dienstag den beiden Kammern des Reichstags vor. Der Ministerpräsident sprach den Wunsch aus, daß die Neuwahlen in kürzester Zeit stattfinden. Im übrigen wolle die Regierung verschiedene Angelegenheiten erledigen, u. a. die nordisch-nordischen Verwaltungsarbeiten.

Trotz der Aufhebung des Generalstreiks setzen die **Bäder, Seebäder, Heizer und Transportarbeiter** den Streik fort.

Uffentalsveruch auf den österreichischen Staatskanzler.

Graz, 7. April. Auf der Bahnstrecke zwischen **Niklasdorf** und **Proden**, die der Staatskanzler **Renner** auf seiner Reise passieren wollte, wurden in der Nacht zum Dienstag Eisenbahnschwellen aufgeschüttet. Zwei Personenzüge, die die Strecke passierten, fuhren in einen Teil der Schwellen hinein; doch kam glücklicherweise niemand zu Schaden. Der Sonderzug **Renner's** konnte inzwischen auf freiem Felde angehalten werden, bis die Schwellen vom Gleis geräumt waren. Man vermutet, daß es sich um einen Anschlag auf den Kanzler handelt. Die eingeleitete Untersuchung verlief bis jetzt ergebnislos.

Vor russisch-litauischen Friedensverhandlungen.

Moskau, 6. April. (Litauische Tel.-Agentur.) Der russische Volkskommissar für Auswärtiges **Schuljersin** hat dem litauischen Minister der Äußeren Angelegenheiten, daß die Sowjetregierung den Vorschlag der litauischen Regierung, Friedensverhandlungen einzuleiten, angenommen habe. Die Sowjetregierung erkennt die vollständige Unabhängigkeit der litauischen Republik an und gibt ihre Zustimmung, das litauische Gebiet auf ethnographischer Grundlage abzugrenzen. Die Verhandlungen sollen am 15. April in Moskau beginnen. Darauf hat der litauische Außenminister **Professor Walde-mar** geantwortet, die litauische Regierung verlange in unabweisbarer Weise die Anerkennung, daß die Städte **Wilna** und **Grodno** unabhängig zu Litauen kommen. Die Anerkennung der litauischen Unabhängigkeit könne keine Bedingung des Friedensvertrages sein, sondern müsse bedingungslos vorausgesetzt werden.

Abbruch der russisch-finnischen Verhandlungen?

London, 6. April. Die Times schreibt aus **Abo**, einem Moskauer Telegramm zufolge habe **Schlichterlin** erklärt, daß die Waffenstillstandsbedingungen Finnlands unannehmbar seien. Die Friedensverhandlungen werden insolge dessen fortgesetzt, bis Sowjet-Rußland eine befriedigende Antwort auf seine Vorschläge erhalten hat.

Wahlkreis der Agrarier in **Bulgarien**. Nach einer Havas-Meldung wurden bei den Kammerwahlen gewählt 113 Agrarier, 48 Kommunisten, 34 Demokraten, 15 Nationalisten, 7 Sozialisten, 6 Radikale, 8 Liberale und 3 Chenadwisten. Die Agrarier gewinnen 27, die Sozialisten verlieren 30 Sitze.

Mitglied der **bolschewistischen** Gruppe. Ein Angriff der Bolschewisten gegen das Nordufer der **Neva** wurde zurückgeschlagen.

Gewerkschaftsbewegung.

Soziale Quacksalberei.

Der **Alldeutsche Ausschuss** der deutschen Gewerkschaften für das Reichs-Heimstättenamt (Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Verband der deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Duncker'sche Gewerkschaften), Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Gewerkschaftsbund der Angestellten, Deutscher Beamtenbund) erklärt nachstehenden Aufruf:

Ihr Männer und Frauen des Volkes, laßt euch durch keinen Namen und durch kein Schlagwort mehr blenden! Wir wollen leben! Wir verlangen Brot und Hoffnung für die Zukunft! Wie war die Entwicklung bisher?

Arbeiter, Angestellte und Beamte fordern höhere Löhne, höhere Gehälter. Die **Kostenpresse** ging schneller. Mehr Geldgehälter kamen unter die Leute. Papiergeld! Die Folge war ein gleichzeitiges Steigen der Preise — wieder Unzufriedenheit und Arbeitslosigkeit — wieder Lohnerhöhung — wieder Steigen der Preise! Unruhen, Bruderkämpfe! Soll es so weitergehen? Nein und tausendmal nein! Der Weg zu einem neuen Aufbau muß beschritten werden, zu einem Aufbau im Geiste der Gemeinschaft und Gerechtigkeit. Eine unerlässliche Voraussetzung dazu ist die Befreiung des Bodens von einem falschen Rechte, das ihn, die Quelle alles Lebens und Arbeitens, vielfach erniedrigt hat zu einem Gegenstand des Wuchers und der Ausbeutung. Der erste entscheidende Schritt ist ein Heimstättenrecht, das jedem Volksgenossen die Möglichkeit eröffnet, eine gesicherte Heimstätte für sich und die Seinen zu gewinnen.

Hunderttausend Hände werden dann neu beschäftigt, denn rings um die Heimstätte liegt der Garten! Der Boden muß in ganz anderer Weise als bisher wenigstens teilweise gärtnerischer Nutzung dienlich gemacht werden — unter Ausschaltung jeder Spekulation. Jede Stadt muß von einem dichten Netz von Gärten umgeben sein!

Kann zur Zeit nicht gebaut werden, dann wollen wir wenigstens zur gärtnerischen Arbeit den Boden haben! Wie bald wird dann der Heimstättenboden, der bis dahin nur Kartoffeln trug, oder sogar als Spekulationsland brach liegen blieb, zwei- oder dreimal soviel Nahrungswerte hervorbringen, und zwar durch Arbeitskräfte, die bisher nach einer abschüssigen Berufsarbeit lebten. Die wichtigsten Lebensgüter, Nahrung und Wohnung, werden vermehrt; das Angebot steigt. Arbeiter, Angestellte und Beamte haben außer ihrem Lohn noch die Erträge ihrer Gartenarbeit und Kleintierzucht.

Dahin wir keine Spekulation mit den Lebensmitteln und Lebensgütern, die wir dem heiligen Grunde unseres Vaterlandes verdanken!

Dahin wir keine planlose Vergeudung, keinen Wucher mit den Stoffen, aus denen wir unsere Heimstätten erdauen müssen.

Die Boden Spekulation hat unser Volk vernichtet! Neuer Boden bedeutet Mietskasernen, in denen in überfüllten Wohnungen die geistige und körperliche Gesundheit unserer Kinder vernichtet wird. Nur auf billigem, vor Wucherhänden gesichertem Boden können Heimstätten errichtet werden.

Für solche Volkspolitik hat Aussicht, bestehen zu bleiben, die jetzt sofort zur rettenden Tat schreitet! Als erste soziale Tat fordern wir: Befreiung des Bodens von jeder Spekulation. Wir fordern ein durchgreifendes Heimstättengesetz!

Kein Heimstättengesetz aber wird helfen, wenn nicht in der Reichsregierung eine Stelle vorhanden ist, die alle damit zusammenhängenden Fragen einheitlich zu behandeln Recht und Pflicht hat, eine Stelle, die dem deutschen Volke und seinen Vertretern dauernd verantwortlich bleibt für eine ehrliche und entschlossene Durchführung dieser entscheidenden Zukunftsaufgaben. Deshalb fordern wir die sofortige Errichtung eines Reichsheimstättenamtes.

Boden darf nur noch eine Stelle der Arbeit und niemals mehr eine Quelle arbeitslosen Gewinnes sein. Der deutsche Boden muß in das gesicherte Nahrungswort derjenigen übergehen, die ihn als Heimstättenland benutzen wollen. Der bereite Landbau als Wohlstand hat, der soll ein Vorrecht auf dieses Land unter dem Heimstättenrecht haben.

Reben, der Heimstättenboden haben will, muß dieser Boden befreit werden. Volkswohl über Spekulantengewinn! Nur so kommen wir zur Anerkennung christlicher Arbeit und zur inneren Ruhe!

Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Verband der deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Duncker'sche Gewerkschaften), Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Gewerkschaftsbund der Angestellten, Deutscher Beamtenbund.

Wir haben den Aufruf vollständig wiedergegeben, weil er auch vom Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund und von der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände unterschrieben ist und weil er sich als ein klassisches Dokument der völlig unsozialistischen Denkweise dieser Körperschaften offenbart. Statt die Vergeßlichkeit des Grund und Bodens zu fordern und mit aller Kraft darauf hinzuwirken, plagt man sich in diesen Kreisen mit kleindürgerlichen Experimenten. Was an sich nicht verwunderlich erscheint, wenn man weiß, wie stark dort noch der rechtssozialistische Einfluß ist. Steht doch in dem Wahlaufsatz des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands u. a. auch zu lesen:

„Das Städtungsrecht wird Raum und Vertätigung für Hunderttausende neu zu schaffende landwirtschaftliche Kleinbetriebe eröffnen.“

Womit die innere Verwandtschaft dieser Kreise erwiesen wäre. Womit aber weiter erneut erwiesen wäre, wie sehr das sozialistische Denken dieser Kreise gelitten hat. Die in dem Aufruf geäußerten Wünsche, Forderungen und Forderungen haben mit Sozialismus nichts mehr zu tun. Sie entpringen einer Denkweise, die der ökonomischen Entwicklung direkt widerstrebt. Sie ist total rückständig; sie ist schließlich nicht nur soziale Quacksalberei, sie ist letzten Endes reaktionär.

Streik in den Leipziger Grubenbesetzungs-Anstalten.

Die Arbeiter in den Leipziger Grubenbesetzungs-Anstalten haben die Arbeit niedergelegt, weil sie mit den auf Grund ihrer Lohnforderungen gemachten Zugeständnissen der Unternehmer nicht zufrieden sind. Die Unternehmer behaupten, daß sie nicht in der Lage seien, eine Mehrbelastung in geforderter Höhe tragen zu können. (Das sagt man, nachdem man eine 100prozentige Preiserhöhung für Abonnements und eine 4-500prozentige Preiserhöhung für Desinfektionsmittel eingeführt hat.) Die Arbeiter hatten bis jetzt einen Wochenlohn von 104 Mk. abzüglich der Beiträge für die Krankenkasse. Unter diesen Umständen waren natürlich die Arbeiter gezwungen, wesentliche Lohnforderungen zu stellen, um einen Ausgleich für die vergangenen Wochen zu schaffen. Die organisierte Arbeiterschaft Leipzigs wird erachtet, die hier in Betracht kommenden Arbeiter in ihrem Kampfe zu unterstützen und keine Streikbrecherarbeit zu leisten.

Deutscher Transportarbeiterverband. (Verwaltungsstelle Leipzig.)

Achtung, Bauarbeiter, Fleischarbeiter und Zimmerer! Am nächsten Sonntag wird der Zuschlag von 1,35 Mk. für Gelehrte und von 1,20 Mk. für Ungelehrte ausgezahlt. Die endgültige Lohnregelung hängt von den Beschlüssen der Verhandlungen ab.

Bauarbeiterverband, Zimmererverband, Zahlstellen Leipzig.

Von Nah und Fern.

Millionenschwindel mit tschechischen Banknoten. Berlin, 7. April. Einen großen Schwindel mit tschechisch-slowakischen Banknoten hat die hiesige Kriminalpolizei aufgedeckt und drei der Hauptbeteiligten festgenommen. Es handelt sich um die Fälschung der Stempel und Stempelmarken, die die tschechisch-slowakische Republik den österreichischen Banknoten beigegeben hat. Der Schaden, der den deutschen Banken und Privatpersonen durch diese Fälschung erwachsen ist, geht nach den bisherigen Ermittlungen in die Millionen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: **Georg Fleckner** in Leipzig.

Verantwortlich für den Anseratenteil: **Friedrich Willr.**, Potsdamer-Verlag.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

Wegen Papiermangel

mühte ein Teil der Inserate in der heutigen Nummer zurückgestellt werden. Leipziger Volkszeitung (Inseraten-Abteilung).

U. S. P. D. Gross-Leipzig.

Mit-Leipzig, Bezirk Norden. Donnerstag, den 8. April, abends 7 Uhr, **Vorversammlung** im Restaurant zum Appelbaum, Berliner Straße 34. Tagesordn.: 1. Rückblick. 2. Neuwahlen. Mittelschüler sind vorzuziehen. Zahlreiches Erscheinen dringend notwendig. Der Vertrauensmann.

Sonnenw. Sonnabend, den 10. April 1920, abends 7 1/2 Uhr, Generalversammlung im Gambrius. Tagesordn.: 1. Bericht des Vorstands, des Kassierers, der Revisoren und der Kommissionen. 2. Neuwahlen. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen wird gewünscht. Der Vorstand. Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch.

Gahwisch-Großhöfeln. Freitag, den 9. April 1920, abends 8 Uhr, **Generalversammlung** im Hotel Grobhöfeln. Tagesordn.: Jahresbericht; Neuwahl und Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erbetet. Der Vorstand.

Gohlis. Morgen, Freitag, 9. April, abends 7 1/2 Uhr, **Generalversammlung** im Braueri-Kaufhaus, Eisbühlstr. 17. Tagesordn.: 1. Berichte des Vorsitzenden, des Kassierers, der Revisoren und der Kommissionen. 2. Diskussion hierzu. 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes und der Kommissionen. 4. Vereinsangelegenheiten. Das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist Pflicht. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Der Vorstand.

Rösing. Freitag, den 9. April 1920, abends 7 Uhr, **Generalversammlung** im Gahwisch. Tagesordn.: 1. Vortrag über die politische Situation. 2. Berichte. 3. Neuwahlen. Der Vorstand.

Sommerfeld-Engelsdorf-Saalsdorf. Freitag, den 9. April 1920, abends 8 Uhr, **wichtige Funktör-Berufung** im Lindengarten.

Kartell der Arbeitervereine für Sport- u. Körperpflege

Turnvereine

Wetgruppe. Donnerstag, 15. April, 7 Uhr **Sitzung der Vereinsvorstände** in Schloss Lindenfels, L. Wetzsch. Die Sitzung ist wichtig, da u. a. zu der Jugendwanderung nach Marxstadt am 25. April, und zu dem Sport- und Spieltag, verbunden mit Waldlauf, am 2. Mai in Deutsch-Wald, weitere Stellung genommen werden soll. Jeder Verein muß deshalb vertreten sein. Die Gruppenleitung.

L. Wetzsch. Freie Turnerschaft. Mittwoch, 14. April, abends 7 1/2 Uhr **Quartals-Versammlung** in Stadt Lützen, Lindenau. Tagesordn.: 1. Berichte der Verwaltung. 2. Unterw. Stiftungsfest. 3. Verschiedenes. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erbetet. Der Turnrat.

L. Thonberg. Freie Turnerschaft Süd-Ost. Montag, 12. April, abends 8 1/2 Uhr, in der Turnhalle der 28. Volksschule, **Öffentliche Turnstunde für Frauen und Mädchen.** Die Eltern der schulentlassenen Jugend sind zu dieser Veranstaltung freundlichst eingeladen. D. L.

L. Stötteritz. Turnverein. Heute Donnerstag, 7 Uhr **Vorstände-Konferenz** im Bundeshaus. Freitag, den 9. April, abends 7 Uhr **Turnrats-Sitzung** bei Jacob.

Sonntag, 11. April **Planierung des neuen Spielplatzes.** Alles nähere wird in der Turnstunde bekanntgegeben. Mittwoch, 14. April, abends 7 Uhr im Löwenpark **Vortrag** für die Schulentlassenen und deren Eltern und Mithilfende. Anschließend: **Vereins-Berammlung.** Tagesordn.: Neuer Spielplatz. Erscheinen aller ist Pflicht. Turnrat u. Vorstandsmitglied.

Gahwisch. Neuer Turnverein. Sonnabend, 10. April, 8 Uhr **Mitgliederversammlung** im Alten Gahwisch. Erscheinen aller erwartet. D. L. Donnerstag, den 8. April, abends 9 Uhr, **Turnrats-Sitzung** in der Böhle.

L. Eutritzsch. Turnverein Nord-Ost. Sonnabend, den 10. April, abends Punkt 8 Uhr, **Mitgliederversammlung** im Gohlischhof (Kolonnade). Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen sämtl. Mitglieder. D. L.

Engelsdorf. Turnverein. Sonnabend, 10. April, abends 8 Uhr **Monatsversammlung** im Lindengarten. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder erwünscht. D. L.

Arbeiter-Athleten-Bund

A. B. Eichenkranz 96 veranstaltet am Sonntag, den 10. April, im Stahl-Reichshallen, L. Wetzsch, einen **großen Sportabend** für die besten Ringer und Boxer Leipzigs, wozu hiermit alle Freunde und Genossen freundlichst eingeladen sind. — Gleichzeitig allen Sportfreunden und Brudervereinen zur Nachricht, daß wir unser Leistungslokal nach dem Goldenen Schilde, L. Wetzsch, Ecke Silbergard- und Josthofstr., verlegt haben. Übungsstunden finden Dienstags und Freitags, abends 7-10 Uhr, statt. Alle Zuschriften sind an den Vorl. Reimb. Ronneburger, L. Wetzsch, Rathausstr. 14, zu richten.

Kraftsportklub Adler, Wahren seinen Sportbetrieb. Übungsstunden finden Dienstags und Freitags von 7-10 Uhr abends im Restaurant zur Salzwette, Wahren, Hauptstraße, statt. Interessenten sind hierzu herzlichst eingeladen. Zuschriften sind zu richten an Gustav Thormann, Wahren, Heindrichstraße 8, part.

Radfahrer-Bund Solidarität

Ortsgruppe Leipzig. Sonntag, den 11. April, nachmittags 1/3 Uhr, **wichtige Bezirksversammlung** in den Drei Wahren, L. Wetzsch. Die Mitglieder aller Abteilungen sind zum zahlreichem Besuche eingeladen. Die Bezirksleitung.

Abt. Wetzsch. Unter 24. Stiftungsfest am Sonntag, den 10. April, findet nicht im Hotel Deutsches Haus, sondern im Goldenen Adler, Lindenau, Angerstraße, statt. Bundesmitglieder und Gäste laden wir zum zahlreichem Besuche freundlichst ein.

Samariter-Vereine

Arbeiter-Samariter-Bund, Kolonne Leipzig. Der **Frühjahrs-Ausschuss** über „**Erste Hilfeleistung bei Unfällen**“ beginnt Mittwoch, den 14. April, abends 7 1/2 Uhr, im Volksgarten, Kirchstraße 32. Freitag, den 9. April, abends 7 1/2 Uhr, **Versammlung der alten Mannschaften** im Bürgergarten, Brüderstr. Obermann, Vorsitzender.

„Die Schaffende Frau“

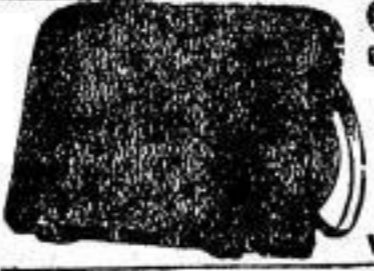
Erste sozialistische Frauen- und Moden-Zeitung

Während des Bolagerungs-zustandes beschlagnahmt

für Frauen aller Stände zur Einführung in sozialistisches Denken, bringt Moden- und Handarbeits-Vorlagen, Kindergarderobe, technische Handfertigkeitslehre, Schnittmuster, Unterhaltungskultur, Hauswirtschaftliches und Briefkasten

Verlag: „Die Schaffende Frau“, Dresden-A.

Bestellen Sie noch heute ein Probe-Abonnement Preis Mk. 2.85 vierteljährig Nachh Postscheckkonto: Nr. 84268 Leipzig



Schul-Taschen rücken-tragbar
Nur eigene solide Fabrikate.
Prima Rindleder. Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Karl Blaich
Windmühlensirasse 32 Tauchaer Strasse 16

Zentralverband d. Zimmerer

Zahlstelle Leipzig.
Freitag, den 9. April, abends 6 Uhr (gleich nach Arbeitsschluss)
außerord. Mitgliederversammlung im Volkshaus, Beiliger Straße 32 (Gesellschaftssaal)
Tagesordn.: 1. Ergebnis der zentralen und bezirklichen Tarifverhandlungen und Bestätigung über den Schiedsspruch. Dresden. 2. Innere Berufsangelegenheit. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher Mitglieder. Einlass nur gegen Mitgliedsbuch oder Arbeitslosenkontrollkarte. Der Vorstand.

Gohlis — Eutritzsch.

Freitag, den 9. April, abends 7 Uhr
Öffentliche Volks-Versammlung im Gosenschlößchen, Eutritzsch
Vortrag: Was will der Spartakusbund?
Freie Anwesenheit.
K. F. D. (Spartakusbund).

Ortsverein Miltitz

Sonnabend, den 10. April, abends 7 Uhr im Gahwisch-Großhöfeln
Großer wikenkamtlich Lichti der-Sortra
Redner: Herr B. Gottschalk, Leipzig
Sat Gott die Erde u. den Menschen geschaffen aber war es ein natürl. Vorgang?
Einlass 6 Uhr. Eintritt 75 Pfg. Anfang 7 Uhr
Programme sind noch an der Kasse zu haben. D. V.

Bauarbeiter-Verband

Telephon 8078. Zweigverein Leipzig. Telephon 8078. Bureau im Volkshaus. Bürozeit 9-1 und 4-6 Uhr. Sonnabends von 8-2 Uhr

Mitglieder-Versammlung

Freitag, den 9. April, abends 7 1/2 Uhr im Volkshaus, Eingang Braustraße 17.

Tagesordnung:
1. Bericht von der Tarifschlichtungskommission in Dresden.
2. Stellungnahme zum Verbandstag.
Steinholzleger. Sonnabend, den 10. April, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Billardszimmer. Tagesordnung: Bericht über die Lohnbewegung von der Reichskonferenz. Zahlreichen Besuch wünscht. Der Sektionsleiter.
Achtung, Bauarbeiter. Sonntag, den 11. April, von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags, Wahl der Delegierten zum Verbandstag.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Zahlstelle Leipzig.

Funktionärsitzung Freitag, den 9. April, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant Gambrius, Sonnenw., Biedermannstraße.
Mitgliederversammlung Mittwoch, den 14. April, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus, Gesellschaftssaal. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Bericht Jahresbericht. 3. Gewerkschaftliches.
Gummi-Industrie Donnerstag, den 15. April, nach Schluß der Arbeitstag **Branderversammlung** in den Werkstätten. Tagesordnung: Der neue Tarif.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Ortsverwaltung Leipzig

Volkshaus (Saalgebäude), Eingang Braustr. 17, durch den Garten. Geschäftszeit: 8-10 Uhr vorm., 12-1 Uhr nachm., Donnerstags u. Freitags 4-8 Uhr nachm.
Freitag, den 9. April, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus, großer Saal

Versammlung

aller in städtischen und staatl. Betrieben beschäftigten Arbeiter.
Tagesordnung: 1. Berichterstattung über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband städtischer Gemeinden, sowie mit dem städtischen Staatsministerium, betreffend Lohnforderungen. 2. Stellungnahme zu dem in obiger Angelegenheit gefällten Schiedsspruch. 3. Verschiedenes.
Die Versammlung beginnt pünktlich 7 1/2 Uhr. Die Ortsverwaltung.

Heraus aus der Kirche!

Diese Forderung ist die erste Pflicht für jeden aufgeklärten Menschen. Es gilt nun, auch danach zu handeln und den Schritt zu tun, nachdem jeder erkannt hat, welche unheilvolle Sache er durch sein Verbleiben in der Kirche unterstützt, die sich gegen jeden Fortschritt der Arbeiterschaft kehrt.
Als zweites heißt es nun aber nicht nur aus der Kirche auszutreten, sondern sich auszuscheiden und dafür einzutreten, daß der Kirchenaustritt auch ein vollkommener wird, und durch Massenaustritt das Ziel erreicht wird, weswegen man den Austritt vollzieht. Das ist vor allem „**Trennung von Kirche und Staat**“ und **Beseitigung der Religion aus der Schule**. Also muß jeder die Notwendigkeit erkennen, nicht nur aus der Kirche auszutreten, sondern sich auch der Organisation anzuschließen, welche mit dem Zug und Trug der Kirche aufräumt. Wohin die revolutionäre Arbeiterschaft gehört. Das ist der

Zentralverband proletarischer Freidenker Deutschl.

Er bietet für nur sehr geringe Beiträge Belehrung durch wissenschaftliche Vorträge und durch sein Organ „Der Kiesel“; Einrichtungen von ethischem Unterricht für Schulkinder, Jugendweihen, Stellung von Grabsteinen und Errichtung einer Feuerbestattungsanstalt. Alles Nähere in unseren Mitgliederversammlungen und in der Geschäftsstelle, Gebaltan-Bach-Strasse 32, I. r.
Freitag, den 9. April 1920, abends 7 Uhr, im Restaurant **Taubner** (Kolonnade).
Frankfurter Str. 33, am Torhaus u. Wehlplatz
Tagesordn.: Bericht von der Generalversammlung in Hamburg. Redner: Gen. Wolf.
Erscheinen aller ist Pflicht. Gäste sind jederzeit willkommen. Der Vorstand.

Vor der Steuer!!

Englische u. amerik. Zigaretten
Echte Goldflake (in Stanjol) 550.—
Echte Knights of Columbus 435.—
Echte Kaptans Navy-Cut (in St.) 550.—
Happi Hit (in Stanjol) 465.—
Blue Boys (in Stanjol) 420.—
Echte Morris's Oxford (in Stanjol) 480.—
Echte Knights of Columbus 435.—
Cheltenham Navy-Cut 400.—
Hipp-Hipp 395.—
Varena (in Stanjol) wie Chesterfield 460.—
Sultan 400.—
The White Star (in Stanjol) 400.—
Alles goldgelber Tabak mit guter Qualität!
Egyptische u. deutsche Zigaretten
D.A.Z. ohne Mundstück 270.—
Casino, ohne Mundstück 270.—
Monte Casino, ohne Mundstück 275.—
Zigaretten, Tabak u. Kautabak. 300.—
Tabakhaus „Artlo“ Johannsgasse 4, II. Telefon 6961.

Metallarbeiter

Verband
Freitag, den 9. April, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus, Billardszimmer

Werkzeugmacher und Einrichter.

Freitag, den 9. April, 7 1/2 Uhr: Sitzung der Vertrauensleute. Volkshaus, Billardszimmer

Wir liefern laufend:

Ia. frische See-Fische
an Großhändler und Gewerkschaften.
— Preisliste steht zu Diensten —
Securitas-Werte (Hilf. Schiedsrichter)
Sargburg — Eibe

Meiner werten Kundschafft hiermit zur Kenntnis, daß ich mein **Rohprodukt-Geschäft**, bisher L. Kleinschöher, Diestaustraße 88 (Winter-Dof) ab heute
L. Kleinschöher, Schwarke-Str. 2
unter der Firma
Krieger & Co.
befindet. Achtungsvoll **A. Krieger.**

Wir kaufen: **Alf Wunsch** holen ab.
Bücher, Moschpapier, Weinflaschen sowie **Altisen** und **sämtliche Metalle.**
Krieger & Co.

Familien-Nachrichten

Für die anlässlich unserer **Silber-Hochzeit** uns dargebrachten zahlreichen Ehrungen sagen wir hierdurch allen unsern aufrichtigsten Dank.
Franz Band u. Frau, Restaurant Gröne Aue, Angar.

Für die Ehrung anlässlich unserer **Silbernen Hochzeit** sagen wir allen Freunden und Bekannten sowie den werten Sangesbrüdern für das dargebrachte Ständchen unsern besten Dank.
Wilhelm Liebschner und Frau, Wahren.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme bei dem Dinkelden meines lieben treuergebenden Mannes, untrug guten Vaters, Schwiegervaters und Onkels, des
Schmiedemeister Otto Hofmann
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unsern aufrichtigsten Dank. Derzeitigen Dank seinen verehrten Chefs der Fa. Rud. Herrmann sowie seinen werten Kollegen und Mitarbeitern für den schönen Beweis der Teilnahme und das ehrenvolle Geleit zur letzten Ruhestätte. Ferner Dank auch dem Herrmannschen Gartenverein sowie allen Hausbesitzern und Nachbarn für die schönen Kranzspenden. Besten Dank Herrn Pfarrer Wehlohe für die trostreichen Worte am Grabe.
Du aber, teurer Entschlafener, Ruhe sanft! Dein Leben war Liebe und Arbeit.
Stötteritz, d. 7. 4. 20. Die trauernden Hinterbliebenen.

Zeitung
Kilo
2.00 Mk.
Bücher kg 1.50
Wald-Bapier kg 80 Pfg.
Weinflaschen, Milchflasch. und Lumpen zu höchsten Preisen kauft
M. Reiner,
Leipziger-Anger, Wölffauer Str. 58.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 8. April.

Parlamentsangelegenheiten.

Die Landesarbeiterratsmitglieder der U. S. P. fahren Freitagfrüh 6 Uhr 55 Min. mit dem Zuge nach Dresden. Volkmarzdorf. Morgen Freitag, abends 7 Uhr: Funktionärung in der Silberpappel. Schönfeld. Die Funktionäre werden erlucht, Freitagabend zur Generalversammlung bereits um 7 Uhr zu einer kurzen Besprechung zu erscheinen.

Die Wahlen

zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten

müssen bald stattfinden. Während des Krieges wurde die Amtsbarkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbeisitzer bis zum Ablauf von sechs Monaten nach Beendigung des Kriegszustandes verlängert. Der Zeitpunkt, mit dem der Kriegszustand als beendet anzusehen ist, sollte durch Verordnung bestimmt werden. Der Friede ist ratifiziert, aber die Verordnung ist noch nicht erschienen. Sie muß aber erlassen werden. Die Neuwahlen sind nach den Grundrissen der Reichsverfassung vorzunehmen. Deshalb ist, wie Dr. Vanum in der Monatschrift des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte mittels, im Reichsarbeitsministerium ein Entwurf einer Verordnung zur Abänderung des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetzes ausgearbeitet worden, der hauptsächlich eine bedeutende Herabsetzung der Zuständigkeitsgrenze sowohl beim Gewerbe- wie beim Kaufmannsgericht und eine Erhöhung der Berufungszusammensetzung, durch die beide den gegenwärtigen Geld- und Lohnverhältnissen angepaßt werden sollen. Der Entwurf will das Wahlalter herabsetzen und auch bei den Gewerbegerichten die obligatorische Verhältniswahl mit gebundenen Listen einführen.

Ferner sollen nach Beendigung des Kriegszustandes die Bestimmungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetzes über den Empfang und die Nichterstattung von Armenunterstützung und über das Erfordernis einer mindestens zweijährigen Dauer des Wohnsitzes oder der Beschäftigung keine Anwendung finden, damit den Kriegsteilnehmern das Wahlrecht durchweg erhalten bleibt. Endlich soll auch der Zeitpunkt der Beendigung des Kriegszustandes im Sinne der Verordnung vom 12. Juni 1917 festgelegt werden.

Die Verordnung soll nur einen provisorischen Charakter tragen, eine durchgreifende Reform des gesamten Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsverfahrens soll durch ein Arbeitsgerichtsgesetz erfolgen, dessen Entwurf auch schon im Reichsarbeitsministerium festgestellt ist. Zu dem Entwurf der Verordnung hat eine Sitzung am 10. März im Reichsarbeitsministerium Stellung genommen, an der Vertreter der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte sowie der Unternehmer- und Arbeiterverbände geladen waren. Es wurde hierbei die sofortige Einführung des aktiven und passiven Frauenwahlrechts erörtert. Ferner wurde im Interesse einer schleunigen Durchführung der Wahlen geltend gemacht, daß die Einführung der Verhältniswahl mit Rücksicht auf das sonst sehr langwierige Verfahren nicht im Wege der Satzungsänderung bei den einzelnen Gewerbegerichten erfolgen dürfe, sondern daß die Verhältniswahl, soweit sie nicht bereits durch die Satzung eingeführt sei, einheitlich in der in Aussicht genommenen Verordnung selbst geregelt werden müsse.

Daß in dem Entwurf das Frauenwahlrecht fehlt, ist bezeichnend für den reaktionären Geist, der im Reichsarbeitsministerium herrscht, offensichtlich wird das Verstumme bestimmt nachgeholt.

Zeichen der Zeit.

Die Kinder spielen jetzt nicht mehr Klüder und Soldaten, sondern nur noch: „Arbeiter und Kassen“, wobei keiner freiwillig den Klüder machen will. So stark ist schon bei den Kindern die Abneigung gegen die (schlechtmännlichen) Kapitalbesitzer.

Die Kleinfamilien sind in der Zahl infolge des Rohstoffmangels verhältnismäßig gute Preise. Deshalb wird ihnen auch Ware angeboten, welche nicht immer aus einwandfreien Quellen stammt. So konnte man kürzlich beobachten, wie ein paar Schulkinder von den Eisenbahnwaggonen sogenannte Kassen abstauben wollten, dabei erwischt wurden und angeblich ihre Mütter (Kriegswitwen) häßlich ihnen aufgeben, sich eine Beschäftigung und Verdienst zu suchen, da am 1. April allerhand Ausgaben seien, welche sonst nicht beglichen werden könnten. Sie wollten nun die Kassen zu Geld machen. Es hätte so das größte Unheil entstehen können.

Vor einem der verschwiegenen Orte des Hauptbahnhofes hatte sich eine Menge angeammelt, welche einen dort liegenden abgezogenen Hundebau umstanden. Jemandem Gauner hatte ein Duzendhündchen weggenommen, es gleich getötet und sicher das Fell zu Geld gemacht. Rohstoffmangel einerseits, gekommene Moral andererseits — beides Kriegsergebnisse. Bei ähnlicher Gelegenheit hätte der Hundebesitzer schließlich auch das Fell weggebracht, und es bestand die Gelegenheit, billiges „Markenfell“ zu gewinnen. Am Morgenlich treffen wir Dutzende von Frauen und einzelne Männer, welche ihre Kinder, fast ausschließlich Säuglinge, in das Heim des Leipziger Kruppenvereins bringen, und sie hier während des ganzen Tages lassen. Sie müssen ihrer Arbeit nachgehen und haben deshalb keine Zeit, sich ihren Kleinen zu widmen. Zu gleicher Zeit, wenn die Kleinen zur Anstalt müssen, kommt ein etwa 12jähriger Junge, an der Mäule als höherer Schüler kenntlich. In seiner Begleitung ist ein Dienstmädchen, welche ihm Wäckerle und Frühstück bis zur Straßenecke trägt, damit sich der „junge Herr“ ja nicht überanstrengen.

Mehrere Male in der Woche werden aus einer chemischen Fabrik entleerte Eisenbahnwagen abtransportiert. Dabei befinden sich Kesselwagen, welche schon längst keine Art des allerniedrigsten Schrotts (Schrotts) enthalten. Auf diese Wagen hängen sich, sobald sie aus der Fabrik heraus sind, schon lange wartende Kinder, um von dem zweifelhaften Zeug an den Wänden der Karrenwagen abzukratzen, was nur zu erreichen ist. Dann bringen sie es der Mutter, welche hocherfreut ist, wieder einmal billigen Brotzutritt zu haben.

Ferien: die Schule ist aus. Lehrer und Kinder sollen sich von den Strapazen des Lehrens und Lernens, des Gebundenseins an Zeit und Ort erholen und Erfrischung, Entspannung und Gesundheit, wenn irgendmöglich in der freien Natur, suchen und finden. Ja, so sollte es sein. Es geht aber anders zu. Frühzeitig gehen eine Anzahl Kinder, alte Säcke und dergleichen vorgebunden, in eine Rohprodukten-Niederlage, um hier durch Beschäftigung kleinlich ungesunder Natur einige Groschen zum Lebensunterhalt der Familien mit beizutragen.

In derselben Stadtregion ist alle Tage zu beobachten, welcher Mißbrauch und welche Verschwendung mit der Arbeitskraft getrieben wird. Am Morgen sind hier mehrere Dienstmädchen zu sehen, welche die Hände ihrer Herrschaften zum Verarbeiten eines notwendigen Geschäfts herausführen. Also wieder einmal: Einerseits Heranziehung von Kindern zum Produktionsprozeß, andererseits unnötige Verschwendung von Zeit und Kraft zur Verfeinerung des Luxusbedürfnisses und der Bequemlichkeit der kapitalkräftigen Leute.

Die Auswanderung nach der Ukraine.

Wir werden um Aufnahme folgender Zuschrift ersucht: Unter diesem Posttitel erscheinen öfters in den Leipziger Tageszeitungen Inserate, in denen der Verein Ansiedlung Ukraina um Mitglieder wirbt. Die unterzeichnete Interessengemeinschaft hat nun einwandfrei festgestellt, daß hier den Prospektieren Utopie vortragen wird, und sieht sich daher veranlaßt, dazu Stellung zu nehmen.

In einem Propagandaschreiben dieses Vereins wird den Interessenten mitgeteilt, daß der Verein vielseitige Beziehungen zu den Landwirten aus der Ukraine, die zur Zeit hier anwesend sind, unterhält. Das ist eine bewußte Fälschung. Wir haben festgestellt, daß Vertreter des Vereins Ukraina Landwirten und Leuten, die in der Ukraine gelebt haben, die ehrlieh die bestehenden Verhältnisse der Ukraine schilderten, nicht Gerede schenkten. Dagegen unterhält der Verein Beziehungen zu Leuten, die nur durch den Verein erstreben, dort irgendwelche frühere Positionen als Händler, Agenten usw. wieder zu erreichen. Ferner behauptet der Verein in diesem Propagandaschreiben, einem jeden ein Grundstück bieten zu können, und zwar erhält der einzelne 25 Hektar sehr guten Boden. Dieses Versprechen kann niemals erfüllt werden, entweder ist es Dummheit oder bewußte Gemeinheit. Daß dies nur Luftschifferei ist, wird nachfolgendes ohne weiteres begründet: Jeder nur halbwegs belehene Arbeiter weiß, daß die Ukraine der fruchtbarste Landstrich von Rußland ist. Infolgedessen ist eine dichte Bevölkerung vorhanden. Die Statistik der Volkszählung 1910 weist nach, daß ein Viertel der Gesamtbevölkerung Rußlands sich in der Ukraine befindet.

Nach den Statistiken des Landwirtschaftsministeriums zeigt die Landbevölkerung noch eine größere Dichte, ohne die städtische Bevölkerung erhöht sich die Bevölkerungsdichte um 60 Prozent. Diese zeigt, daß die Ukraine nicht mit dem übrigen Rußland in einen Topf geworfen werden kann. Jedoch ist dieses Moment noch nicht ausschlaggebend für eine Einwanderung deutscher Kolonisten, hierbei kommen wesentlich andere Faktoren in Frage. Die Bevölkerung leidet heute noch unter Ackerbodenmangel. Der Ackerboden der Ukraine war bis zur Oktoberrevolution nur im Besitz von Großgrundbesitzern, Klöstern, Bräugemeinden und der Krone. Die Güter sind zum Teil in ihrem Umfang stehen geblieben und werden von den ehemaligen Landarbeitern als kommunenwirtschaften weiterbetrieben. Die Erkenntnis, daß Sozialismus nur in Großbetrieben zu verwirklichen geht, hat den Volkskommissariatsrat veranlaßt, die Güter so weit wie möglich zu erhalten. Einzelne Grundbesitzer verpackten frühe ihren Grundbesitz in Parzellen. Die Pächter, meist kleinere Bauern, ergriffen sofort nach der sozialen Revolution Besitz von diesem Lande als Eigentum. All dieses zeigt, daß gar nicht daran gedacht werden kann, Land an deutsche Einwanderer zu verteilen. Die Bevölkerung würde sich energig dagegen wehren und selbst eine Sowjetregierung muß der Stimme des Volkes Rechnung tragen.

Beziehend ist es, daß die Kleinbauern heute noch ein Eigentum von 1/2 Hektar besitzen und der genannte Verein verspricht jedem Mitglied 25 Hektar Land. Wenn man weiter feststellt, daß 62 Prozent der Einwanderer nach Sibirien Ukrainer sind, dann besagt dieses viel. Weiter muß man im Auge behalten, daß je nach der Verteilungsform Land benötigt wird, manche Strecken erscheinen dem Vater nach den Literaturreferenzen als Siedlungsgebiet, und doch ist dieses Weideland, deren Besitzer sich dem Einbringen erwehren würden. Dieses Land kann daher nur als Ausnahmegebiet von Industriearbeitern in Frage kommen, und hierzu hat die Interessengemeinschaft die Vorarbeiten erledigt. Eine Delegation befindet sich zur Zeit in Moskau und Kiew, um durch Verhandlungen die Bedingungen zum Abschluß zu bringen.

Im übrigen können wir nicht genügend vor derartigen Versprechungen warnen. Es werden den Mitgliedern Gelder abverlangt für Versicherungen, die nicht gehalten werden können. Volksterrat der Interessengemeinschaft der Auswandererorganisationen nach Sowjetrußland.

Das neue Heim der Leipziger Gewerkschaften.

Die durch die Zerstörung des Volkshauses obdachlos gewordenen Gewerkschaften werden in wenigen Tagen ihren Bureaubetrieb wieder aufnehmen können. Dieser Tage ist durch die G. m. b. H. Volkshaus, Leipzig, das Grundstück Gerberstraße 1 und Pachhofstraße Nr. 11/13 (Wiktoria-Hotel) unter Zuhilfenahme des von der Volkshaus-Kammer bewilligten Zweimilionskredits erworben worden. Die Benutzung der Gesamtimmunitäten wird in der Form erfolgen, daß die Mietverträge für Läden und Privatwohnungen in Kraft bleiben, der Restaurantbetrieb und — vielleicht ein Teil des Hotelbetriebs — vom Volkshaus übernommen wird, während die übrigen als Hotel dienenden Zimmer den Gewerkschaften als Bureauräume zur Verfügung gestellt werden. Nach vollendetem Wiederaufbau des Volkshauses und Rückkehr der Gewerkschaften in dieses wird über das jetzt erworbene Grundstück anderweit beschlossen werden.

Darüber hinaus das Gewerkschaftskartell. Der Rat hat beschlossen, dem Gewerkschaftskartell Leipzig eine Million Mark darlehensweise zur Abrufung nach Bedarf zur Verfügung zu stellen und den Betrag einstuweilen zu Lasten des Kontos für Verschiedenes zu verbuchen. Die Vorkäufe sollen bis zum 30. Juni d. J. zinslos gewährt werden. Alle weiteren Bedingungen, insbesondere diejenigen über Rückzahlung und über die Verzinsung nach dem 30. Juni behält sich der Rat ausdrücklich vor.

Zur Kommunalisierung des Kinos

werden uns nachstehende Mitteilungen gemacht: In Köthen ist die Errichtung eines städtischen Reformkinos und dazu die Erwerbung eines Lichtspielhauses für 215 000 Mk. geplant. In Detmold wurden für Einrichtung eines Schulkinos 5000 Mk. bereitgestellt. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung ist beantragt, 25 000 Mk. zur Gründung einer städtischen Jugend-Lichtspielstätte auszugeben. Im Stadtrat zu Rudolstadt wurde ein Antrag der sozialistischen Fraktion, von der Reichsregierung die Kommunalisierung der Lichtspielhäuser zu fordern, angenommen. Die rheinisch-westfälischen Industriegemeinden haben einen Arbeitsauschuß für das Kinowesen gebildet, der als Zentrale für alle Fragen der Kinoförderung und der Kinoreform gilt und ein einheitliches und kraftvolles Vorgehen gegen alle Auswüchse im Kinowesen herbeiführt. Der Pommerische Landtag will Kinder-Banckarten anlaufen und einrichten, die für die Zwecke der Volksbelehrung verwendet werden sollen. Es werden vorbildliche Werke in ganz Pommern auf dem Lande verbreitet. In Frankfurt am Main ist im großen Saal des Volkshausbildungsheims ein städtisches Schul kino eingerichtet worden.

Die „Volksbelehrung“ des reaktionären Pommerschen Landtages besteht natürlich in der politischen Beeinflussung der Bevölkerung für die Zwecke der Reaktion. Man sieht aber, wie diese Kreise die Agitation zu betreiben ansetzen.

Schulwaffen für Polizeibeamte.

Wie schon berichtet wurde, hat der Rat beschlossen, die Polizeibeamten mit Schulwaffen auszurüsten. Zur Veranlassung dieses Beschlusses schreibt der Rat: Infolge der immer mehr zunehmenden Einbrüche, wie überhaupt der allgemeinen Unsicherheit im Stadtgebiet und der Tatsache, daß die Polizeibeamten bei Ausübung ihres Berufs jederzeit mit bewaffneten Verbrechern zusammenstoßen und in der letzten Zeit schwere Kämpfe mit solchen zu bestehen gehabt haben, bei denen ein Oberwachmeister tödlich verriet, mehrere andere Beamte schwer verwundet worden sind, sind die Beamten, und namentlich die der Kriminalabteilung, mit der Anwesenheit an uns herangetreten, künstliche Beamte, soweit sie nicht lediglich Bureaubeamte sind, mit Schulwaffen zu ihrer Vertheidigung auszurüsten. Es sind nun zunächst Erkundigungen bei verschiedenen Stellen wegen Beschaffung von Schulwaffen eingezogen worden. Diese haben ergeben, daß das Reichswehrverwaltungsamt keine Schulwaffen zur Ver-

fügung hat, ebensowenig die Zentralstelle für Einwohnerwehren. Es bleibt demnach nur übrig, die Schulwaffen von einer Waffenfabrik zu beschaffen. Der Preis für eine Schulwaffe mit Zubehör beträgt zur Zeit 150 Mk., ist aber fortgesetzten Preissteigerungen unterworfen.

Es wären, wenn alle Beamte eine Schulwaffe erhalten, 827 Beamte auszurüsten. So daß, da 380 Schulwaffen vorhanden sind, 448 Schulwaffen fehlen. Diese würden bei dem heutigen Preise 65 700 Mk. kosten. Hierzu kommen noch 428 Pistolen zu 22 Mk. das Stück mit 9 416 Mk. und 498 Revolver zu 20 Mk. das Stück mit 9 960 Mk. so daß die ganze Anschaffung der 438 Pistolen etwa 85 100 Mk. kostet.

Schwarz-weiß-roler Patriotismus.

Wenn so ein Nordpatriot von seinem Kollege überannt wird, dann greift er nicht selten zur Feder, um seiner zeitigen Mäntelbrust Luft zu machen in einer schmähsenden Zuschrift an die Leipziger Volkszeitung. Manchmal gibt das sogar eine Erleichterung für die Redaktion. Zumeist verraten die Zuschriften, was Geistes Kind diese Patrioten sind; daher wollen wir auch der Deffinitivität wieder einmal ein solches Produkt zugänglich machen. Auf einem schwarz-weiß-rot umranderten Zettel schrieb dieser Tage — Poststempel: St. 3. 20 — ein anonymes Heide:

In die Spezialistenheute in der Leipziger Volkszeitung.

Ihr Schwelmeheute in der Volkszeitung, morgen aber werdet ihr mit eurem Wurfsack in die Luft fliegen. Ihr Kunde müßt einzeln auseinandergerissen werden, eine Kugel ist viel zu schade für euch Banditen.

Hoch lebe Kaiser Wilhelm! Hoch die Monarchie!

Um seinen Kollater zum Ausdruck zu bringen, hatte der Schmierfink die hier aufgezählten Stellen mit rotem Bleistift unterstrichen, aber zur Kennung seines Namens reichte der Mut des Idioten nicht aus. So sehen Monarchisten aus!

Arbeiterbildungsanstalt. Kurse: Freitag 1/7 Uhr, Braustraße Nr. 17, Fortsetzung des Kurses Block über Neue Geschichte. Kurzus-Tenissen fällt infolge der Kreisgeneralsversammlung aus. Der Sozialistengesellschaft des Gen. Block wird Montag, 12. April, 6 Uhr nachmittags, mit einem Doppelvortrag im Gartenlokal des Volkshauses fortgesetzt.

Es wird weiter geküßelt. Wie uns mitgeteilt wird, sind Dienstag, nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr, Gewehre, Karabiner, Pistolen, Infanteriemunition, Maschinengewehrmunition durch Zeitfreiwillige in das Vorkriegsgebäude untergebracht worden. Trotz der Anwesenheit des Belagerungszustandes räumen die Zeitfreiwilligen nicht das Feld. Sie pfeifen auf die Anordnungen des Ministeriums in Dresden.

Aus den Reichsbeschlüssen. Auf Antrag des Wohnungsamts wurde beschlossen, die Bauförderstellen der Stadtgemeinde für Neubauten (Ueberwerkfonds A, 7 Mill. Mark) in der Höhe des Reichsbeschlusses zu gewähren und auf Abänderung der neuen Bestimmungen über Bauförderstellen hinzuwirken, sowie den Ueberwerkfonds B (500 000 Mark) zur Ermöglichung des Baues von Mietwohnungen zu verwenden, die nach den neuen Bestimmungen keinen Bauförderzuschuß erlangen. Zustimmung der Stadtverordneten ist eingeholt.

Zur Vinderung der Wohnungsnot war beschlossen worden, u. a. auch an der Preußenstraße in Leipzig-Probstheida sechs Wohnhäuser mit je 8 Wohnungen, zusammen also 48 Wohnungen, zu errichten. Da nach den neueren Kostenschätzungen der Bau dieser Häuser 4 800 000 Mark kosten würde, beschloß man, von ihrer Errichtung abzusehen. Den Stadtverordneten ist Mitteilung zu machen.

Die Beerdigung der Märzgefallenen durch die Stadt. Der Rat hat beschlossen, die Kosten der Beerdigungen für künftige bei den Unruhen ums Leben gekommenen zu übernehmen und zu diesem Zwecke für jeden einzelnen Fall den Höchstbetrag von 1000 Mk. als Beerdigungsgeld zu bewilligen. Die Stadtverordneten werden am Zustimmung ersucht.

So wurde für Ruhe und Ordnung gesorgt. Am Sonnabend entstand plötzlich am Eingang zum Operntheater ein großer Sturm. Ein Zeitfreiwilliger wollte mitten in der Vorstellung ins Theater bringen. Der Vorgesetzte verbot sich das, aber der Zeitfreiwillige wollte absolut hinein. (Die sich herausstellte, wollte er seinen Revolver holen, den er am Tage vorher hatte liegen lassen. Er war am Sonnabend kein Theaterbesucher.) Der Vorgesetzte stellte sich in die Tür und machte dem Zeitfreiwilligen begreiflich, daß er eben nicht hinein dürfe. Der Zeitfreiwillige sagte u. a. zum Vorgesetzten: „Ich habe Ihnen gleich ein Paar in die Presse!“ Völlig starrte der Zeitfreiwillige auf die Straße und brüllte: „Na warte, den launere ich ab, denn habe ich ein Paar in die Presse. Wer weiß, was das für ein roter Schuft ist.“ Die ihn begleitende Dame suchte ihn vergeblich zu beruhigen. Er ging dann noch hin und holte einen Schußmann, der den Namen des Vorgesetzten feststellen sollte. Der Zeitfreiwillige war ein Offizier. Daher auch sein deutliches Benehmen.

Neue Preissteigerung für ungestreckte Inlandmarmelade. Die Reichsgesellschaft für Obstkonsum und Marmeladen m. b. H. hat am 29. März 1920 im Deutschen Reichsanzeiger neue Preisteller, Groß- und Kleinhandelsverkaufspreise für ungestreckte Inlandmarmelade veröffentlicht. Der Preis für 1 Pfund beträgt bei Abgabe an den Verbraucher 6.20 Mk.

„Ein Diener Gottes“. Ein Leser schreibt uns: Noch eigenartiger wirkt die Wahrheitsliebe des Liebesapostels M. Mißhausen, wenn man weiß, daß er am 18. März 1920 als Zeitfreiwilliger an der Schreiberstraße schwerverwundet, mit Handgranaten im Gürtel, hartgebluteten Gewehr gegen die friedlich demonstrierenden Arbeiter Front machte.

Das Volks- und Schulbad in Leipzig-Stötteritz ist vom 8. April an wieder geöffnet, und zwar bis Ende April. d. J. an den Tagen Freitag bis Sonntag und vom 4. Mai d. J. an an den Tagen Dienstag bis Sonntag. Der Preis für ein Brausebad beträgt bis auf weiteres 25 Pfg. und für ein Wannenbad 60 Pfg.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Leipzig. Montag, den 12. April, abends 7 Uhr, im Volkshaus: Ausscheidung für die Groß-Leipziger Vereine. Tagesordnung: Marziale, Aufgabe der Marxelliste und Zeituna.

Vollzeinrichtungen.

Mord in der Nordstraße. Es ist zur Kenntnis der Kriminalpolizei gekommen, daß in mehreren Geschäften, namentlich Schokoladengeschäften, eine dem mutmaßlichen Mörder des Frankfurter Handwerker sehr ähnliche Person vorgeschrieben hat. Vermutlich hat der Täter auch anderwärts zu der von ihm geplanten Mordtat günstige Verhältnisse auszukundigen wollen. Es ist der Kriminalpolizei besonders erwünscht, ob etwa noch mehrere Inhaber solcher Geschäfte, namentlich alleinreisende, derartige Beobachtungen gemacht haben. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß sich ähnliche Fälle wiederholen. Die größte Vorsicht ist deshalb für alle Inhaber solcher Geschäfte anzuwenden. Es seien hier nochmals die besonders auffälligen Merkmale des Mörders im Falle Handwerker vom 28. vor. Wts. angeführt. Er soll etwa 28—24 Jahre alt, ungefähr 1,70 Meter groß und von kräftiger Gestalt sein, schwarzes, abnehmendes, anscheinend pomadisiertes Haar und kleine Asteletten (Ohrenbart) tragen, sonst aber glatt

